

Sachdokumentation:

Signatur: DS 951

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/951



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Die Unabhängigkeit der Nationalbank wird aufs Spiel gesetzt

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist aus einem ganz bestimmten Grund unabhängig: Nur so kann die Preisstabilität in unserem Land garantiert werden. Die Vollgeld-Initiative will der SNB noch viel mehr Macht geben, setzt sie damit aber einem unmöglichen politischen Druck aus.

In einem Vollgeld-System bringt die Nationalbank neues Geld in Umlauf, indem sie es schlicht und einfach verschenkt: an den Bund, die Kantone oder direkt an die Privathaushalte. Die Initianten sprechen von durchschnittlich rund fünf Milliarden Franken pro Jahr und malen sich diesen Geldsegen in rosigen Farben aus. Sie prognostizieren bereits Steuersenkungen und eine Erhöhung der Kaufkraft. Was dabei vergessen geht: Die SNB erhöht die Geldmenge nur, wenn das zur Erreichung der Preisstabilität nötig ist. Regelmässige Milliardenzahlungen wecken aber riesige Begehrlichkeiten und bringen die Nationalbank in Zugzwang. Wenn ein Kanton aufgrund des Geldsegens seine Unternehmenssteuern gesenkt hat, kann er sie im Folgejahr nicht gleich wieder hochschrauben, weil das Geschenk plötzlich ausbleibt. Das Gleiche gilt für den Bund, falls er dieses Geld für die Finanzierung der Sozialwerke einsetzen würde. Der politische Druck auf die Nationalbank wäre riesig, eine unabhängige Geldpolitik kaum noch möglich. **Deshalb lehnt auch die SNB selbst die Initiative ab.**

Der Gegenwert fehlt

Hinzu kommt, dass man ein Geschenk nicht zurücknehmen kann. Heute hat die SNB für neu ausgegebenes Geld einen Gegenwert in ihrer Bilanz: Devisen, Staatsanleihen, Aktien. Diese kann sie wieder abstossen, wenn sie die Frankenmenge reduzieren muss. In einem Vollgeld-System wäre das unmöglich, denn das Geld wurde ja verschenkt.

«Indem sie Milliardenzahlungen verspricht, setzt die Initiative die Nationalbank einem unmöglichen Druck aus.»

Riskant

Teuer

Gefährlich

Nutzlos

Das Wichtigste in Kürze

Die Vollgeld-Initiative ist unnötig und gefährlich. Sie stellt unser gut funktionierendes Geldsystem auf den Kopf, ohne irgendetwas zu verbessern.

Kein anderes Land hat jemals mit einem Vollgeld-System experimentiert. Nun soll die Schweiz als Versuchskaninchen missbraucht werden.

Vollgeld verbietet den Banken, mit dem Geld auf Zahlungskonten zu arbeiten. Das verteuert Finanzdienstleistungen, Hypotheken und Kredite. Die Zeche zahlen Privathaushalte und KMU.

Die Initiative zwingt die Nationalbank, neues Geld ohne Gegenwert in Umlauf zu bringen. Die SNB gerät damit unter enormen politischen Druck.

Vollgeld hätte die Finanzkrise von 2008 nicht verhindert. Seither wurde die Bankenregulierung massiv verschärft. Doch die Initianten wollen diese wieder abschaffen.

Darum sagen Bundesrat, Nationalbank und Wirtschaft NEIN zu Vollgeld.

vollgeldinitiative-nein.ch

Die Vollgeld-Initiative: ein Hochrisiko-Experiment

2018 stimmt die Schweiz über eine Vorlage ab, die unser Geldsystem auf den Kopf stellen will. Die Vollgeld-Initiative verlangt, dass elektronisches Geld künftig nur noch von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) geschaffen werden darf. Und die SNB soll dieses Geld schuldfrei in Umlauf bringen, also an die Öffentlichkeit verschenken. Die Vorlage ist ein Hochrisiko-Experiment, das die Unabhängigkeit der Nationalbank aufs Spiel setzt und Finanzdienstleistungen und Kredite unnötig verteuert. Den Preis dafür zahlen KMU und Privathaushalte.

Jetzt informieren unter:
vollgeldinitiative-nein.ch

Was will die Vollgeld-Initiative? Wer steht dahinter?

Die Vollgeld-Initiative will, dass Geschäftsbanken künftig kein Buchgeld mehr schaffen dürfen. Die Nationalbank soll die hundertprozentige Kontrolle über die Geldmenge erlangen. Die daraus entstehenden Gewinne wollen die Initianten grosszügig verteilen.

Elektronisches Geld soll in Zukunft genauso wie Münzen und Noten durch die Nationalbank abgesichert sein. Mit dieser Idee will der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) künftige Finanzmarktkrisen verhindern und sicherstellen, dass bei einer Bankenpleite keine Guthaben verloren gehen. Funktionieren soll das wie folgt: Die SNB bringt neues Geld fortan schuldfrei in Umlauf. Sie kauft mit neu gedruckten oder elektronisch geschaffenen Franken keine Devisen oder Aktien, sondern verschenkt diese an den Bund, die Kantone und an Privathaushalte. Die Banken wiederum werden verpflichtet, Zahlungskonten ihrer Kunden ausserhalb der Bilanz zu führen und das darauf liegende Vollgeld nicht zu investieren – so dass es jederzeit vollständig abgehoben werden kann.

Die Schweiz dient als Versuchskaninchen
Diese Idee ist keine Schweizer Erfindung, sondern wird von einer internationalen Bewegung vorangetrieben. Sie hat insbesondere in Deutschland zahlreiche Anhänger. Kein Land kennt ein solches System. Die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie dient ihnen deshalb als Versuchskaninchen, um eine Idee zu testen, von der niemand weiss, ob sie funktioniert.

Vollgeld wird teuer fürs Gewerbe und die Privathaushalte

Banken dürfen das Geld der Vollgeld-Konten nicht investieren und auch kein neues Buchgeld schaffen. Die Finanzierung von Krediten für KMU oder Hypotheken für Hausbesitzer wird damit kompliziert und teuer. Die Zeche bezahlen die Kunden.

Der Schweizer Finanzsektor versorgt die hiesigen Unternehmen und Privathaushalte zuverlässig mit Krediten, damit diese investieren können. Die Banken sind damit ein wichtiges Element für einen funktionierenden Wirtschaftskreislauf. Die Beraterinnen und Berater in Hunderten von regionalen Bankfilialen kennen nicht nur ihre Kunden, sondern auch die Verhältnisse vor Ort. Deshalb können sie kompetent entscheiden, ob eine Kreditvergabe im konkreten Fall vertretbar ist. Mit Vollgeld wird dieser Prozess viel schwerfälliger und teurer. Denn die Bankberater müssten das Geld zuerst selbst bis auf den letzten Franken zusammensuchen, bevor sie eine Zusage geben könnten. Sie wären dabei voll und ganz abhängig von risikofreudigen Anlegern oder Darlehen der Nationalbank. Dass sich mit einem solchen System Kredite verzögern und verteuern, versteht sich von selbst.

Gebühren für Finanzdienstleistungen steigen

Aber auch gewöhnliche Bankkunden müssen Nachteile in Kauf nehmen. Zwar haben sie die Gewissheit, dass das Geld auf ihrem Vollgeld-Zahlungskonto jederzeit bezugsbereit ist. Aber gleichzeitig darf die Bank damit nicht arbeiten, es also auch nicht vermehren. Folglich kann sie das Geld nicht verzinsen und muss alle anfallenden Kosten vollumfänglich auf die Kontoinhaber abwälzen – sonst macht sie ein Verlustgeschäft.

«Die Finanzierung von Krediten für KMU oder Hypotheken für Hausbesitzer wird kompliziert und teuer.»



Vollgeld-Initiative
NEIN
vollgeldinitiative-nein.ch

Vollgeld hätte die Finanzkrise nicht verhindert

Die Vollgeld-Befürworter bewerben ihre Initiative als Rundumversicherung gegen künftige Finanzkrisen und Bankenpleiten. Das ist ein Versprechen, das die Vorlage niemals einhalten kann.

In der Finanzkrise von 2008 gerieten Finanzinstitute weltweit ins Taumeln, auch in der Schweiz. Entsprechend gross war die Wut auf die Banken. Aus dieser Erfahrung heraus entstand die Vollgeld-Initiative. Aber kann sie derartige Ereignisse tatsächlich verhindern? Die Finanzkrise von 2008 hatte ihren Ursprung in der viel zu grosszügigen Kreditvergabe auf dem US-Markt, insbesondere an Hausbesitzer ohne finanzielle Sicherheiten. Diese «faulen Kredite» wurden in komplexen Anlageprodukten versteckt und gehandelt. Es entstand eine riesige Blase, deren Platzen Finanzinstitute, aber auch ganze Staaten in den Ruin trieb. Ein Schweizer Vollgeld-System wäre ein zahnloses Instrument, um solchen Krisen vorzubeugen. Es verhindert weder dubiose Finanzprodukte noch eine zu lasche Kreditvergabe in anderen Ländern. Darüber sehen die Initianten aber grosszügig hinweg und versprechen sogar, dass nach einem Ja ein Grossteil der Bankenregulierung wieder abgeschafft werden kann.

Sparguthaben sind bereits heute geschützt
Das Einzige, was Vollgeld im Ernstfall verhindern könnte, wäre ein sogenannter Bank Run: wenn also verunsicherte Bankkunden massenweise ihr Geld abheben wollen und ein Finanzinstitut damit erst recht in den Ruin treiben. Denn das Geld auf den Vollgeld-Konten wäre ausserhalb der Bilanz deponiert und deshalb jederzeit verfügbar. Doch einen Bank Run hat es in der Schweiz auch während der Finanzkrise nicht gegeben. Ausserdem sind Sparguthaben bis 100 000 Franken durch den Einlegerschutz gesetzlich garantiert.